

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 20 / 2013

MIT EINEM LÄNDERSCHWERPUNKT:
GRIECHENLAND

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2012
- MUSICA PRO PACE 2012
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2012-2013

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Ev. Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Alrun Niehage†, Ökotropologie, Hochschule Osnabrück
Prof. Dr. Arnulf von Scheliha, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Bülent Ucar, Islamische Religionspädagogik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Thomas Vogtherr, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Nina Chapman, Joachim Herrmann,

Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

Einband: Tevfik Göktepe; Foto: Dirk Höltermann, Neuss

Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche:

- der Oldenburgischen Landesbank AG
- den Stadtwerken Osnabrück AG
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche

Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück

Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668

E-mail: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2013

© 2013 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0196-3

ISSN: 0948-194-X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2012

<i>Korea – Von feindlicher Ko-Existenz zur Einheit?</i> Mit Eun-Jeung Lee, Hartmut Koschyk, Karin Janz.	15
--	----

<i>Krieg und Frieden auf der (Welt-)Bühne</i> Mit Carolin Emcke, Reinhold Robbe, Ulrich Khuon.	35
---	----

<i>Das Recht auf Religionsfreiheit und die Verfolgung religiöser Minderheiten</i> Mit Heiner Bielefeldt, Maria Flachsbarth, Holger Nollmann	61
--	----

<i>Die Menschheit altert – Herausforderung für das 21. Jahrhundert</i> Mit Craig Mokhiber, Vladimir Spidla, Henning Scherf	87
---	----

LÄNDERSCHWERPUNKT: GRIECHENLAND

<i>Wir alle sind Partner in der Europäischen Union.</i> <i>Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit</i> Von Konstantinos Simitis	111
---	-----

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2012

Stefan Hanheide, Osnabrück »Ihr verfluchten Kriege!«. <i>Lieder zum Ersten Weltkrieg</i>	129
---	-----

Stefan Hanheide, Osnabrück
*Wiedergeburt der ›polnischen Seele‹ in der »Symphonie e-Moll«
von Mieczysław Karłowicz 153*

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

LÄNDERSCHWERPUNKT: GRIECHENLAND

Dimitris K. Maretis, Osnabrück
*Griechenland und Deutschland in der Krise:
eine schwierige Partnerschaft 161*

Chryssoula Kambas, Osnabrück
*Vom Memorandum zu Memoria. Deutsche Gedächtnisausfälle zum
Zweiten Weltkrieg und Deutschlandbild in der griechischen Krise . . . 169*

Ingeborg Tömmel, Osnabrück
*Griechenland und die Europäische Union:
eine Partnerschaft wider Willen? 183*

György Széll, Osnabrück
Frieden auf der koreanischen Halbinsel? Ein Epilog 195

Rainer Werning, Köln
Metamorphosen der Macht: Myanmars Militär 207

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 225
Abbildungsnachweis 231

■ I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2012



Friedensgespräch unter dem Titel »Krieg und Frieden auf der (Welt-)Bühne«
im Theater Osnabrück am 15. April 2012.

Wir alle sind Partner in der Europäischen Union

Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit
im Rathaus der Stadt am 3. Oktober 2012

Ich möchte mich zunächst herzlich für die so freundliche Einladung bedanken, heute hier zu sprechen. Lassen Sie mich aber gleich hinzufügen, dass ich auch deshalb besonders gerne gekommen bin, weil wir gegenwärtig inmitten einer Krise sind, die mehr denn je dazu verpflichtet, die Probleme, mit denen sich die Europäische Union konfrontiert sieht, besser zu verstehen sowie möglichen Auswegen nachzugehen. Ich brauche im Übrigen kaum daran zu erinnern, wie sehr die Schuldenkrise seit etwa zwei Jahren die öffentliche Diskussion beherrscht und wie nachdrücklich dabei immer wieder auf Griechenland verwiesen wird.

Die Europäische Union und vor allem die Eurozone befinden sich an einem entscheidenden Wendepunkt. Die Schuldenkrise dauert jetzt seit ungefähr vier Jahren an. Eine neue Bankenkrise droht. Seit Ende 2009 haben der Europäische Rat, der ECOFIN-Rat, die Ministerpräsidenten der Eurogruppe und die Eurogruppe mehr als vierzigmal getagt, eine nie dagewesene, hektische Tätigkeit, ohne den Fluss der Ereignisse beherrschen zu können. Das Ende, wo alles wie früher ordnungsgemäß ablaufen wird, ist nicht abzusehen.

In Deutschland sind daran nach einer weit verbreiteten Meinung Griechenland und die Länder des Südens schuld. Sie alle, aber Griechenland vor allem, hätten disziplinos ihr Geld verwirtschaftet. Sie können jetzt den angesammelten Schuldenberg nicht meistern und benötigen immer mehr Hilfe. Die Union sei aber keine Haftungsgemeinschaft, in der jeder für die anderen einzustehen habe.

Im Süden ist man allerdings anderer Auffassung. Die Union, meint man, hätte ihr Versprechen, die Unterschiede zwischen Norden und Süden

zu überwinden, nicht gehalten. Vor allem Deutschland – dank seiner viel größeren Wettbewerbsfähigkeit – habe das Spiel des Handelsaustausches beherrscht und sich ein hohes Einkommen zulasten des noch nicht so weit entwickelten Südens gesichert. Deutschland müsse jetzt dafür sorgen, dass ein Gleichgewicht wiederhergestellt werde.

In Deutschland wünschen manche, Griechenland möge die Eurozone verlassen. Man würde sich damit des Spielverderbers entledigen. In Griechenland dagegen behauptet man, dass die irrsinnige Fiskaldisziplin das



Festredner Konstantinos Simitis und Publikum im Ratssitzungssaal

Land in eine nie dagewesene Rezession gestürzt hat, die schlimmste im Europa der Nachkriegszeit. Es müssten neue Wege gefunden werden, um die Krise zu überwinden. Deutschland, das mächtigste Land in Europa, müsse endlich seine Einwände gegen eine gemeinsame Wirtschaftsführung und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, mehr Kapital zur Verfügung zu stellen, aufgeben.

Die Frage, wie Griechenland – als Beispiel für die Südländer –, das jetzt in einem tiefen Abgrund liegt, und Deutschland – als Beispiel für den Norden –, das sich auf einer hohen Spitze befindet, weiter zusammenarbeiten können, ist die umstrittenste Frage in der Europa-Diskussion.

Eine einfache, klare Antwort kann sofort gegeben werden:

Wir sind alle Partner in der Europäischen Union!

Die Union ist bei weitem nicht mehr nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie ist eine Struktur, zu der alle europäischen Staaten gehören, um gemeinsam den Anforderungen der neuen Zeit der Globalisierung zu entsprechen. Jeder bringt das Seine ein; vielleicht ist es nicht so bedeutend, aber die gemeinsame Verbindung, die daraus entsteht, nützt allen, nicht nur dem Schwächeren, sondern auch dem Stärkeren.

Diese Antwort, eine Selbstverständlichkeit, ist offensichtlich nicht genügend. Das eigentliche Problem ergibt sich aus der Frage, wie die gemeinsame, notwendige Struktur funktionieren soll. Sehen wir uns die Lage nochmals näher an. Die Defizite Griechenlands sind keineswegs der ausschließliche Grund für die heutige Krise der Eurozone, wie so oft, wider besseres Wissen, betont wird. Die Schulden entstanden eben nicht allein durch maßlose Verschwendung. Hierfür gibt es durchaus auch andere Gründe, wie allein schon das Beispiel Spaniens illustriert. *Spanien* durchläuft heute auch eine Krise, obwohl es keine Defizite oberhalb der 3%-Grenze des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufwies und eine staatliche Verschuldung hatte, die 2006 lediglich 31% des BIP ausmachte. Auslöser der Krise waren hier die unbedachte Entwicklung der Bautätigkeit, der Zusammenbruch der Immobilienpreise, das Unvermögen der Banken, die gewährten Kredite einzutreiben, sowie die letztendlich unvermeidliche Intervention des Staates zur Rettung der Banken und zur Eindämmung der Krisenfolgen. Die Diskrepanz des Wachstumsniveaus zwischen dem Norden und dem Süden der EU, die geringere Wettbewerbsfähigkeit der Staaten der Peripherie der Union und die großen Defizite ihrer Außenhandelsbilanzen sind weitaus ernstere Gründe für die zunehmenden Schulden der Staaten des Südens als die administrative Unfähigkeit ihrer Regierenden. Zwischen 2000 und 2007 betrug das durchschnittliche Jahresdefizit der Handelsbilanz Griechenlands 8,4% seines BIP und das entsprechende Defizit *Portugals* 9,4%, während der Überschuss *Deutschlands* bei 3,2% und *Hollands* bei 5,4% lag. Um ihr Defizit decken zu können, sind die Staaten der Peripherie gezwungen, immer mehr Kredite aufzunehmen. Der Anstieg ihrer Staatsschulden ist der Preis dafür. Entscheidend hat dazu der einheitliche Zins, der in der Union wegen der gemeinsamen Währung eingeführt wurde, beigetragen. Der Zins, der vor der Währungsunion in Griechenland um die 15-20% betrug, sank auf 5%. Die Nachfrage nach Darlehen stieg steil an. Die Banken aller Unionsländer beteiligten sich am Geschäft, ohne zu beachten, dass sie die Sicherheitsgrenze bei Weitem überschritten. Eine europäische Aufsichtsbehörde, die hätte eingreifen können, gab es nicht, obwohl es bereits die gemeinsame Währung und eine gemeinsame Zentralbank gab. Erst 2012 sah man ein, dass es eine Aufsichtsbehörde für den gesamten Raum der Eurozone geben müsse.

Diese Entwicklung war von den Begründern der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) nicht vorhergesehen worden. Sie glaubten, der freie Kapitalverkehr sowie der Binnenmarkt würden dank der niedrigeren Arbeitskosten der Staaten der Peripherie sicher zu Investitionen führen und somit das Gefälle zu den entwickelten Staaten progressiv verringern. Sie übersahen aber dabei, dass sich der Konvergenzprozess nicht innerhalb weniger Jahre abschließen lässt. Auch meinten sie, dass die – tolerable – Überschreitung der Defizitgrenze der Zahlungsbilanz der Peripherieländer dazu führen würde, die Finanzierung der Importe durch die Banken auszusetzen, Unternehmen zu schließen und die Nachfrage für importierte Produkte empfindlich einzuschränken. Unter dem Druck der rückläufigen Wirtschaftsaktivität würde so das Defizit abnehmen, und es würde zu einem wachsenden Gleichgewicht bei den internationalen Transaktionen kommen.

Genau diese Annahme hat sich freilich als unzutreffend erwiesen. Die Banken setzten ihre Finanzierung auch nach einer Überschreitung der vagen Sicherheitsgrenze fort. Als sie sich von fremden Kreditinstituten kein Geld mehr leihen konnten, sahen sich die konkret involvierten Staaten gezwungen, die jeweils betroffenen heimischen Banken durch eigene Kreditaufnahmen zu stützen. Das Ergebnis war ein enorm hoher Schuldenberg.

Nötig, ja, unausweichlich ist also eine neue Art des Umgangs mit dem Gefälle zwischen dem entwickelten Kern der Eurozone und ihrer weniger entwickelten Peripherie. Sonst wird es auch in Zukunft immer wieder zu Krisen kommen. Die Mängel in der Arbeitsweise der staatlichen Institutionen waren Anlass für die Behauptung, dass Griechenland, ebenso wie andere Staaten der Peripherie, der WWU nicht hätten beitreten dürfen. Die WWU ist jedoch kein Club hoch entwickelter Staaten, deren gemeinsame Bestrebungen den Interessen jener Länder zuwiderlaufen, die sich im Rückstand befinden. Vielmehr ist sie eine Entwicklungsstufe der Union zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ihrer Mitglieder. Sie soll dazu verhelfen, Beziehungen aufzubauen, die gemeinsamen Wachstumsbemühungen stärken, die schrittweise Konvergenz der Wirtschaften fördern und eine bessere Nutzung der Chancen erlauben, welche durch die Abschaffung der Grenzen und die gemeinsamen Zielsetzungen geboten werden. Die WWU stellt, mit anderen Worten, somit einen *gemeinsamen Fortschrittsplan* dar. Konsequenterweise muss sie in ihrer Ausgestaltung sowohl die Stärkeren – mit all ihren Möglichkeiten – als auch die Schwächeren mit ihren Unzulänglichkeiten einbeziehen können. Ein ebenso konkreter wie genauer Plan ist deshalb dringend erforderlich, der die Ungleichgewichte berücksichtigt sowie die Tatsache bewertet, dass die

entwickelten Staaten nicht nur belastet werden, sondern dank ihrer Finanzdienstleistungen und ihrer Exporte durchaus erhebliche Gewinne erzielen.

Das politische, wirtschaftliche und soziale Netzwerk, das durch den bis zum heutigen Zeitpunkt gemeinsamen Kurs entstanden ist, stellt eine enorme Investition an Ideen, Kapital und Arbeit dar, die keiner der Mitgliedstaaten ignorieren kann, ohne einen beträchtlichen Preis dafür zu zahlen. Die Auswirkungen einer Spaltung der WWU lassen sich nicht berechnen. Sie würden auch für diejenigen äußerst negativ ausfallen, die womöglich meinen, die WWU diene nicht vollständig ihren wirtschaftlichen Interessen. Kurzum, alle Staaten würden um ein Vielfaches herabgestuft werden, und zwar sowohl im Hinblick auf ihre politische Resonanz als auch im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Solidarität ist ein Begriff, der gewissen Ländern der Union nicht genehm ist. Sie verbinden mit ihm eine Interpretation, die sich ganz auf die Notwendigkeit konzentriert, jene Länder zu unterstützen, die ihre Verpflichtungen nicht einhalten. Doch die Realität zwingt zu einem gegenseitigen Beistand, dessen Ausmaß nicht allein durch Vertragstexte vorgegeben wird, vielmehr auch durch bilaterale Vereinbarungen sowie durch bereits entstandene Beziehungen und die damit verbundenen Gefahren und Vorteile. Bei einer Einheit, in der es permanente und nutzbringende Wechselwirkungen unter ihren Mitgliedern gibt, ist es im Interesse sowohl des Stärkeren als auch des Schwächeren, sie aufrechtzuerhalten und zu intensivieren. Als die WWU gegründet wurde, waren viele Beobachter in Großbritannien und den USA davon überzeugt, dass dieses Unterfangen nur scheitern könne. Sie behaupteten, einer Währungsunion müsse unbedingt eine politische Integration vorausgehen, also ein politisches Zentrum existieren, dem es auch obliegen würde, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Ohne eine solche politische Führung würde die Union unweigerlich in einer Sackgasse landen. Ganz in diesem Sinne urteilte während der Krise z.B. der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger *Paul Krugman*,

»[dass] Europa auf Schwierigkeiten stößt, weil die politischen Eliten den europäischen Kontinent gezwungen haben, eine einheitliche Währung einzuführen, obwohl er dafür noch nicht bereit war.«¹

Die WWU wurde zudem spöttisch als »Eurosalat« bezeichnet.

Die bisherigen Erfahrungen haben nur teilweise diese Prognosen bestätigt. Die WWU hat sich in den ersten Jahren auf alle ihre Mitgliedsländer positiv ausgewirkt. Dank hoher Wachstumsraten und reduzierter Kredit-

kosten haben sich die Staaten der Peripherie den entwickelten Staaten annähern können. Die Krise des Jahres 2007 zeigte freilich, wie fragil diese Entwicklung war. Sie stützte sich eben nicht auf einen konkreten, von allen Mitgliedern akzeptierten Plan, sondern auf politische Vorstellungen, die dem freien Markt und dem automatischen Ausgleich der sich jeweils ergebenden Diskrepanzen vorrangige Bedeutung verliehen. Die Politik war deshalb nicht vorbereitet auf die Bekämpfung negativer Phänomene – etwa der Ausweitung der Defizite oder des Rückgangs der Wettbewerbsfähigkeit. Erst Ende 2009 gelangte man in der Eurozone zu der Erkenntnis, dass eine unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit die Überschuldung der Staaten der Peripherie sowie die Verunsicherung der Märkte zu bewirken vermag. Es hat ungefähr fünf Monate gedauert, bis die Europäische Union im Frühjahr 2010 einen Rettungsplan für Griechenland erarbeitete und die vorläufige Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) gegründet und mit der Möglichkeit ausgestattet wurde, 440 Mrd. Euro zur Stützung der Mitgliedstaaten zu verwenden. Griechenland erhielt einen Kredit von 110 Milliarden und wurde unter die Aufsicht der *Troika* (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank sowie Internationaler Währungsfonds) gestellt.

Diese Entwicklung war – gemessen an einer Vergangenheit, in der Zweifel und Unschlüssigkeit vorherrschten – ein trotz aller Verzögerungen entscheidender Schritt in eine neue Richtung. Die EU-Vertragsklausel, wonach die Euro-Teilnehmerländer nicht für Verbindlichkeiten eines anderen Teilnehmerlandes aufkommen müssen, wenn dieses seinen Verpflichtungen nicht entspricht, wurde durch die Ereignisse überrollt. Man hat, trotz der deutlich negativen Reaktion der öffentlichen Meinung in vielen Staaten, eingesehen, dass das Schicksal eines Mitgliedstaates das der anderen beeinflussen kann und gerade deshalb eine ständige Koordination sowie gemeinsames Handeln unbedingt erforderlich sind.

Die zwischen der WWU und Griechenland getroffene Vereinbarung über jene Politik, die Griechenland befolgen muss, um die Gesamtheit der Raten des vereinbarten Kredits ausgezahlt zu bekommen – auch bekannt als *Memorandum* – wurde ohne ausreichende Vorbereitung konzipiert und auf eine die Krise im Land noch verschärfende Weise angewandt. Die getroffene Absprache bestimmte, dass Griechenland innerhalb von nur drei Jahren – also bis 2013 – eine Haushaltssituation wiederherzustellen hat, die den Vorgaben des EU-Vertrags entspricht. Diese Bedingungen implizierten Ausgabenkürzungen, die weit über dem lagen, was Staaten erzielen können, die weitaus bessere wirtschaftliche Voraussetzungen für einen Konjunkturaufschwung mitbringen als Griechenland. Sie waren so gesehen schlicht unrealistisch. Das Memorandum sah darüber hinaus auch keine

Sonderregelung vor, um die Auswirkungen der Ausgabenkürzungen auf die Investitionen zu kompensieren, wie z.B. die Möglichkeit, Griechenland Mittel der europäischen Strukturfonds zur Verfügung zu stellen, ohne dass eine nationale Beteiligung bei der Realisierung der erforderlichen Investitionen dazu erforderlich ist.

Das Ergebnis war, dass Griechenland einerseits einen Defizitabbau von insgesamt ca. 6% des BIP für die Jahre 2010 und 2011 erzielte, andererseits jedoch eine in diesem Ausmaß nie dagewesene Rezession erlebt. Nach dem Memorandum müsste man in Griechenland mit einem wirtschaftlichen Rückgang von ungefähr 8,6% des BIP in den Jahren 2009 bis 2012 rechnen. Die Rezession reicht aber viel weiter. Sie wird bis Ende 2012 wahrscheinlich ein Minus von etwa 23% ausmachen. Die optimistischen Prognosen des Memorandums haben sich als völlig falsch erwiesen. Rezession und wachsende Unsicherheit haben schließlich jegliche Investitionspläne zunichtegemacht. Die Verfasser des Memorandums haben es auch versäumt, die zu erreichenden Ziele mit den tatsächlichen Entwicklungen zu verbinden, also zu bestimmen, dass im Falle einer entschieden größeren als der vorhergesehenen Rezession der Zeitraum zur Erreichung der Ziele automatisch verlängert oder dass sogar einige der Bestrebungen eingeschränkt werden müssten. Das war politisch ein fataler Fehler, der zur Folge hatte, dass das anfängliche rigorose Sparprogramm weiter umgesetzt wird, trotz der eingetretenen schweren Rezession und ihrer, die ursprünglichen Annahmen weit übersteigenden Auswirkungen. Da die anfänglichen Berechnungen der Troika sich als unzutreffend erwiesen haben und der Lauf der Ereignisse genau dieses bestätigte, verlor die angewandte Politik zwar ihre Glaubhaftigkeit, wurde aber dennoch weiter verfolgt. Vor jeder Auszahlung einer Kreditrate fanden erneut Verhandlungen statt, um trotzdem mithilfe neuer Maßnahmen die irrealen Ziele dem Zeitplan entsprechend zu erreichen. Gerade diese permanente Neufestlegung der Politik sowie das ständige Hinzufügen von immer mehr Steuern und Belastungen haben den Eindruck vermittelt, dass die Reduzierung der Einkommen kein Ende nehmen wird, dass die Last der Stabilisierung fast ausschließlich von den Lohn- und Gehaltsempfängern, den Rentnern und den Eigentümern von Immobilien getragen wird und dass sowohl die Troika als auch die griechische Regierung einen ausweglosen Kurs eingeschlagen haben, ohne sich für seine Konsequenzen zu interessieren.

Die angewandte Politik habe sich, so die öffentliche Meinung, keineswegs zur Aufgabe gemacht, die Missstände im Lande zu korrigieren, und ebenso davon abgesehen, die Hauptverantwortlichen für die Krise zur Rechenschaft zu ziehen. Der Protest verschärfte sich und nahm schließlich noch nie dagewesene Ausmaße an. Andauernde Streiks, öffentliche Ver-

sammlungen, die zu Tumulten führten, gehören ebenso zum täglichen Bild wie die Weigerung des öffentlichen Dienstes, den politischen Vorgaben zu folgen. Mehr noch: die Meinung, dass Griechenland aus der Eurozone austreten soll, gewinnt immer mehr an Boden, obgleich bislang kaum jemand die Zweckmäßigkeit der Beteiligung an der WWU infrage gestellt hatte. Die Opposition gewinnt schließlich mit der Behauptung, dass sie alle bisherigen Vereinbarungen neu verhandeln wird, immer mehr Zustimmung. Die Linke, vorher viertstärkste Partei mit etwa 5% der Wählerstimmen, ist jetzt die stärkste Oppositionspartei mit 26% der Stimmen.

Die Vertreter der Troika haben zu Recht mehrmals



Gesprächsleiter Dimitris Maretis, Festredner Simitis

betont, dass manche der im Memorandum vorgesehenen Maßnahmen von der griechischen Regierung nicht umgesetzt wurden oder noch immer ausstehen. Beträchtliche Verspätungen hat es in der Tat gegeben. So wurde etwa vereinbart, dass Privatisierungen in Höhe von 50 Milliarden stattfinden sollen. Erfolgt sind sie nach wie vor nicht. Die versprochene drastische Verringerung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist ebenso ausgeblieben. Die Inkonsequenz der griechischen Regierung ist allerdings nicht allein auf ihre Unwilligkeit zurückzuführen, sich mit den Gewerkschaften und überhaupt mit korporativen Interessen auseinanderzusetzen. Der Staatsapparat ist vielmehr nicht fähig, manche Aufgaben wirklich wahrzunehmen. Die öffentliche Meinung spricht sich zudem wegen der nachhaltigen Einkommensreduzierung gegen nahezu jede Modifikation des Status quo aus. Strukturänderungen lassen sich jedoch nicht übergehen. Dabei hätten aber die Sparmaßnahmen in der Liste der Prioritäten nicht die bei Weitem vorherrschende Bedeutung bekommen dürfen.

Unterschiedliche Niveaus der Wettbewerbsfähigkeit, der administrativen Organisation oder der Bildung werden weder durch haushaltspolitische Disziplin, noch durch die Vergabe von Geldern zum Schuldenabbau oder eine Gewährung von Bürgschaften und die Rekapitalisierung von Banken aufgehoben. Ihre Überwindung erfordert vielmehr eine Wirt-

schaftspolitik, die sich ebenso ausdrücklich wie konsequent auf den *gesamten* europäischen Raum bezieht, also Lösungen anstrebt, die nicht nur die Probleme einzelner Staaten betreffen, sondern die Europäische Union



Konstantinos Simitis

insgesamt. Die gemeinsame Währung sollte deshalb keineswegs lediglich als Mittel angesehen werden, den gemeinsamen Markt zu realisieren, sondern auch und vor allem als Möglichkeit, dem europäischen Projekt Sinn und Chancen zu geben, mithin Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Fortschritt überall in der Union zu fördern.

Die Hauptakteure der Eurozone sind jedoch zu einer solchen Politik bisher nicht bereit. Sie würde eine viel engere Zusammenarbeit erfordern, zu der sich die führenden Länder noch immer nicht entschlossen haben. Die in der Eurozone benötigte »*wirtschaftliche Governance*« oder »*Steuerung*« darf kein Flickwerk aus verschiedenen, auf jedes neu auftauchende

Problem bezogenen Maßnahmen sein. Sie setzt sowohl den politischen Willen für eine neue Struktur voraus, welche die gegenwärtig existierenden Formen ergänzt oder sogar abändert, als auch einen ebenso langfristigen wie umfassenden Ansatz für die anzuwendende Politik.

Das heutige System der Ausarbeitung und Umsetzung von Politik orientiert sich an kurzfristigen, an den gerade auftauchenden Problemen orientierten Reflexionen und Entscheidungen. Es stützt sich auf schwerfällige Institutionen und ist auch deshalb ungeeignet, weil es bei ebenso zentralen wie wichtigen Stellungnahmen eine einstimmige Reaktion der Mitgliedstaaten voraussetzt. Diese Überlegungen führen zu zwei Fragen. Die erste betrifft den Inhalt der gemeinsamen Politik, die nunmehr angestrebt werden soll. Die zweite betrifft die notwendigen Änderungen der wirtschaftlichen Governance, damit sie diese erweiterte Politik realisiert.

Laut der vorherrschenden Meinung in der WWU ist das Problem des Wachstums und der Diskrepanzen zwischen dem Norden und dem Süden durch ›Strukturreformen‹ zu überwinden. Insbesondere der *Arbeitsmarkt* der Länder des Südens habe neuen Regeln zu folgen. Er sollte viel freier gestaltet werden, damit die Arbeitskosten sinken. Geschehe dies, werde der Markt von sich aus das notwendige Gleichgewicht zwischen den Ländern wiederherstellen. Was die Defizite in bestimmten Bereichen wie etwa der öffentlichen Infrastruktur oder den kleinen und mittleren Unternehmen betrifft, so hat die Union die Finanzierung gezielter Maßnahmen auf der Grundlage von Programmen, die die Mitgliedstaaten selbst einreichen, institutionalisiert. Die Politik der Überwindung von Diskrepanzen der Wachstumsniveaus der Mitgliedstaaten allein mithilfe des Marktautomatismus führte allerdings nicht zu den erwarteten Ergebnissen. Europa befand sich, so die allgemeine Feststellung, seit 2000 in einem Zustand der Lethargie. Es war nicht in der Lage, jene Wachstumsraten zu erzielen, die sowohl dem Norden als auch dem Süden Beschäftigung und Wohlstand gewährleisten würden.

Bereits 1993 vertrat die Europäische Kommission die Auffassung, dass Wachstumsprogramme für die europäische Infrastruktur notwendig seien – für die Verkehrswege ebenso wie für die Energienetze –, um die Wirtschaftstätigkeit sowohl im Kern der Union wie auch an ihrer Peripherie zu stärken. Die Frage der Finanzierung könnte auf verschiedene Arten gelöst werden, z.B. durch die Besteuerung von Finanztransfers oder durch die Ausgabe von Euro-Anleihen. Das Thema wurde durch den gerade gewählten französischen Staatspräsidenten *Hollande* neu aufgegriffen. Er argumentierte, dass die Wirtschaftspolitik der Union neben der Stabilisierungskomponente auch eine Wachstumskomponente benötige. Diese Meinung wurde von der Europäischen Kommission und einer Reihe von Staaten

bisher nicht akzeptiert. Sie waren der Auffassung, dass die Kosten für gemeinsame Wachstumsprogramme für die Gesamtheit der Union viel zu hoch wären. Jedes Land müsse für sich auf der Basis der Gegebenheiten des Marktes darüber entscheiden, welche Wachstumsmaßnahmen erforderlich seien. Die Europäische Kommission lehnte darüber hinaus auch Projekte zur Finanzierung von Forschung und technologischem Fortschritt ab, die Forschungstätigkeiten in mehreren Ländern vorsahen und eine gemeinsame Koordinierung voraussetzten. Erst im Juni 2012 beschloss der ECOFIN-Rat, die Finanzierung gemeinsamer Infrastrukturprogramme durch Projektanleihen zu überprüfen.

Ein dritter Weg, um die unterschiedlichen Wachstumsniveaus zu überwinden, besteht in der *Stärkung der Nachfrage* in den Märkten von Nord-europa, um somit die Exporte des Südens zu steigern. Eine solche Vorgehensweise würde zu einem leichten Anstieg der Inflation im Norden auf eventuell 3% führen. Dies wäre einer anhaltenden Rezession im Süden jedenfalls vorzuziehen. Aber die Europäische Zentralbank und die nordeuropäischen Staaten haben starke Einwände gegen einer Nachfragesteigerung im Norden über den Weg der Inflation. Sie sind der Ansicht, dass diese Lösung einem Verstoß gegen die Verträge gleichkomme. Die Gründungsvereinbarung der EZB lege fest, dass die EZB die Inflationsrate unter 2% halten solle. Auch die geringste Ausnahme könne zu unkontrollierbaren Folgen führen.

Einen völlig anderen Ansatz zur Überwindung des Problems der unterschiedlichen Wachstumsniveaus stellte *Martin Wolf*, der wohl renommierteste Kommentator der *Financial Times*, vor. Er schlägt die Koordination zweier Aktionen vor. Die erste bestünde in der Schaffung eines übernationalen Versicherungssystems (*insurance union*) unter den Mitgliedstaaten. Dessen Mittel würden durch Prämien gesammelt, die die Mitgliedstaaten zahlen. Die für die Verwaltung des Systems zuständige Organisation würde jene Staaten gezielt unterstützen, die einen schweren wirtschaftlichen Rückgang aufgrund der Krise erleben, vorausgesetzt, sie erfüllen gewisse Vorgaben. Damit würde in Notfällen wie dem Griechenlands eine Hilfe schnell verfügbar sein. Die zweite Aktion hätte den Zweck, Bedingungen in den Mitgliedstaaten zu gewährleisten, die die Wahrscheinlichkeit von Krisen einschränken und ihre Auswirkungen kontrollieren. Jedes Land der Eurozone würde sich je nach der wirtschaftlichen Entwicklung verpflichten, entweder Maßnahmen zur Stabilisierung zu ergreifen – z.B. die Staatsausgaben einzuschränken – oder die Nachfrage und somit die Exporte aus den Ländern, die von der Krise betroffen sind, zu steigern. Die Kombination dieser beiden Politiken würde die nachhaltigste Kontrolle der Rezession in gefährdeten Ländern gewährleisten.

Der EU-Gipfel vom 29. Juni 2012 hat infolge der Bemühungen des französischen Präsidenten entschieden, »circa 120 Milliarden Euro als sofortige Wachstumsmaßnahmen zu mobilisieren«. Von dieser Summe werden 10 Milliarden neue Mittel sein. Sie werden für die Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank (EIB) eingesetzt. Die übrigen Mittel werden aus nicht abgerufenen Geldern aus den Strukturfondsturmaßnahmen (55 Milliarden) und ferner aus Projektanleihen für Infrastrukturmaßnahmen (5 Milliarden) sowie Krediten bestehen, die die Europäische Investitionsbank aufnehmen wird (50 Milliarden). Dies war ein vorsichtiger Schritt der Ergänzung der bisherigen Politik, jedoch keine beeindruckende Wende. Die Kommentare der Presse waren negativ; es hieß, dass es sich um »viel Lärm um nichts« handle. Dasselbe galt auch für den *Pakt für Wachstum und Beschäftigung*, der auf demselben Gipfel verabschiedet wurde. Er beinhaltet Allgemeinplätze und Wiederholungen. Die Massenmedien haben sich nicht einmal mit ihm befasst.

Kommen wir jetzt zur zweiten Frage der neuen Struktur: Von den vielen bisher vorgelegten Vorschlägen werde ich drei erwähnen. *Jean-Claude Trichet* hatte als Präsident der Europäischen Zentralbank zwei Initiativen angeregt, um ein effizienteres Funktionieren der Union zu gewährleisten. Der Europäische Rat sollte die Möglichkeit bekommen, ein Veto gegen Entscheidungen derjenigen Mitgliedstaaten einzulegen, welche die Wirtschaftsstabilität der Eurozone gefährden. Darüber hinaus müsste ein Europäisches Finanzministerium eingerichtet werden, dessen Aufgabe es wäre, die wirtschaftliche Entwicklung zu beobachten, die erforderlichen Entscheidungen durchzusetzen, den Finanzsektor zu überwachen sowie die Eurozone bei den internationalen Organisationen zu vertreten.

Eine mit Trichets Auffassung verwandte, wenn auch nicht so weit gehende Position in der Frage der notwendigen Abänderungen der Verträge ist der Vorschlag, der Europäischen Zentralbank die Rolle des letztinstanzlichen Kreditgebers (*Lender of Last Resort*) anzuvertrauen. Sie sollte immer dann eingreifen können, wenn Banken einen Staat nicht mehr beleihen. Die EU-Verträge sprechen sich freilich dagegen aus. Maßgeblich dafür war die seinerzeit vorherrschende Einstellung, dass nur so die Europäische Zentralbank vor einer Akkumulation von Schäden bewahrt werden könnte, für die letztendlich die Mitgliedstaaten aufkommen müssten. Hinzu kam die ebenfalls befürchtete Überschuldung skrupelloser Staaten. Der Europäischen Zentralbank wurde es daher untersagt, den Mitgliedstaaten Kredite zu gewähren. Die Gegenmeinung hebt hervor, dass das Krisenmanagement sich viel einfacher und effizienter gestalten ließe, wenn die Europäische Zentralbank allein dafür zuständig wäre und ihre Möglichkeit, Geld zu drucken, für diesen Zweck einsetzen würde. Die Europäi-

sche Zentralbank könnte schnell handeln, weil sie nicht gezwungen wäre, sich an die langwierigen Verfahren der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit auf der Ebene der Gemeinschaftsorgane zu halten.

Die *Spinelli*-Gruppe, eine Vereinigung, die sich mit europäischen Fragen befasst, stellte im Oktober 2011 einen Plan vor, der eine Neuorganisation der Europäischen Kommission sowie die Ernennung eines ihrer Mitglieder zum Finanzminister der Eurozone vorsieht. Der Minister soll der Eurogruppe und einer für die wirtschaftliche *Governance* zuständigen Gruppe von Kommissaren vorstehen. Die aktuelle Praxis, wonach der Umgang mit Problemen hauptsächlich durch die Eurogruppe bei entsprechenden Konferenzen und auf der Grundlage des Prinzips der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit erfolgt, ist nach Ansicht der Spinelli-Gruppe die Quelle der Unentschlossenheit sowie der gegenwärtig üblichen Verzögerungen. Sollte es gelingen, alle Bereiche der wirtschaftlichen *Governance* durch ein einheitliches Zentrum im Rahmen der Europäischen Kommission zu behandeln, könnten die nötige Reaktionsgeschwindigkeit und Kontinuität erreicht werden.

Der Vorschlag der Spinelli-Gruppe hebt zu Recht die Notwendigkeit einer einheitlichen Führung hervor. Eine modifizierte Rolle der Kommission hängt allerdings von der Bereitschaft der führenden Unionsstaaten ab, ihre Mentalität zu ändern. Für sie ist die Kommission ein Exekutivorgan der jeweils von ihnen getroffenen Entscheidungen. Die Rolle der Kommission wird also gezielt heruntergespielt und ihre Beteiligung an der Gestaltung der EU-Politik bewusst eingeschränkt. Wirtschaftliche *Governance* lässt sich nicht realisieren, ohne die Verträge zu ändern. Die Bereitschaft dazu gibt es aber weder unter den Politikern noch unter den Bürgern. Der jüngsten, 2009 verabschiedeten und als *Vertrag von Lissabon* bekannt gewordenen Änderung sind langwierige Verhandlungen, ein Referendum mit negativem Ausgang über den Vorschlag einer Europäischen Verfassung und heftige Auseinandersetzungen über fast ein Jahrzehnt vorausgegangen.

So viel steht daher fest: eine Übertragung von Befugnissen der Mitgliedstaaten an die Organe der Union mag unumgänglich sein, sie stößt jedoch auf heftigen Widerstand vor allem der kleinen Staaten und jener Länder, die der Eurozone nicht angehören. Die Bürger wünschen zwar die wirtschaftliche Integration, lehnen allerdings eine übergeordnete wirtschaftliche Regierung ab. Sie sind sich nicht im Klaren darüber, dass die Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens neue Wege der Zusammenarbeit zwischen den Nationalstaaten und eine verstärkte Rolle der supranationalen Organe erforderlich macht.

Wirtschaftliche *Governance* kann jedoch im Rahmen der vorhandenen Wirtschafts- und Währungsunion durchaus angestrebt werden. Die Mit-

gliedstaaten des Euroraums sind in der Lage, für die Eurozone neue Institutionen aufzubauen, also etwa ein Finanzministerium der Eurozone oder einen Wachstumsplan für die Realisierung von Investitionen zu beschließen, ohne dass es der Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten bedarf. Eine Entwicklung, die in diese Richtung geht, wird sicherlich nicht ohne Komplikationen verlaufen, obgleich sie den Verträgen durchaus entspricht. Die Weigerung *Großbritanniens*, den Fiskalpakt zu akzeptieren, ist symptomatisch dafür. Ein derart negatives Verhalten gegenüber der Weiterentwicklung der Eurozone durch eine verstärkte Zusammenarbeit ist nicht akzeptabel. Das Bindeglied der EU-Staaten ist die Wirtschaft. Von dem Augenblick an, in dem einige Staaten ihre Wirtschaftspolitik angleichen und andere es nicht tun, entwickeln sich die Ersteren zum Kern der Union und bestimmen mit ihrer Haltung deren Struktur und Entwicklung.

Nur eine ›Flucht nach vorn‹ führt also zu einem Ausweg aus der Krise und ebnet mithin den Weg für eine wirtschaftliche *Governance* und eine politische Integration. Genau dies muss das Ziel sein, das ebenso konsequent wie nachdrücklich verfolgt werden muss. Die griechischen Probleme waren so gesehen kein bloßes Missgeschick der Europäischen Union. Sie brachten die Schwächen der bisherigen wirtschaftlichen Steuerung ans Licht und unterstreichen eindringlich die Notwendigkeit einer Neubestimmung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

1 International Herald Tribune vom 21. Februar 2010.